Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 23. November 2010
Ausgabe 224

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **5**
› Letzte Vollversammlung des Ausländerbeirates vor Neuwahl: OB Ude ehrt Mitglieder für langjähriges Engagement 5
› Ausstellung „Frauen im Aufbruch“ eröffnet 7
› Bürgerinfomation über Maßnahmen am Gärtnerplatz 7
› Mit dem AWM Ökostrom gewinnen 8
› Stadt-Information sammelt nicht benötigte Weihnachtsgeschenke zugunsten von UNICEF 8
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 19. bis 22. November 9
› Retrospektive des Trickfilmers Karel Zeman im Filmmuseum 9
› Argentinische Musik im Kunstforum Arabellapark 10
Antworten auf Stadtratsanfragen **12**
› Fragen zum GDL-Streik und MVG-Verhalten 12
› Auf dem linken Auge blind oder: Wozu braucht München die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“? 15
› Schon wieder Weihnachten? Braucht München wirklich zwei Stellen gegen „Rechtsextremismus“? 19

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **21**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 24. November, 9.30 Uhr, Neue Messe München, Halle A 2
Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, spricht Grußworte bei der Eröffnung der 33. Heim + Handwerk. Die beliebte Verkaufsausstellung für Bauen, Einrichten und Wohnen findet von 24. bis 28. November auf dem Münchner Messegelände statt.

Mittwoch, 24. November, 9.30 Uhr,
Justizpalast am Stachus, Prielmayerstraße 7
Dr. Beate Merk, Bayerische Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, und Angelika Simeth, Vertreterin der Sozialreferentin, sprechen zur Eröffnung des Fachtages „Mehr Finanzkompetenz für Kinder und Jugendliche". Themen des Fachtages werden sein: Qualitätsstandards in der Schuldenprävention für Kinder und Jugendliche, Evaluationsergebnisse aus fünf Jahren Schuldenprävention für Kinder und Jugendliche in München, Richtlinien für die ökonomische Verbraucherbildung an bayerischen Schulen. Der Fachtag ist eine gemeinsame Veranstaltung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und des Sozialreferats der Landeshauptstadt München.

Wiederholung
Mittwoch, 24. November, 18.30 Uhr,
Halle Technisches Rathaus, Friedenstraße 40
Stadtdirektor Karl Höferle, Leiter der Hauptabteilung Tiefbau, empfängt in Vertretung der Baureferentin Rosemarie Hingerl zum neunten Mal die Bürgerinnen und Bürger, die an der Aktion „Bei Anruf Licht" teilgenommen haben, und überreicht die Hauptpreise aus der Verlosung.
Auch dieses Jahr haben sich die Münchner Bürgerinnen und Bürger wieder rege engagiert und durch ihre Meldungen die Abteilung Straßenbeleuchtung und Verkehrsleittechnik unterstützt. Insgesamt wurden 8.669 Störungen gemeldet, die von den Fachkräften innerhalb von drei Tagen behoben wurden, sofern es sich nicht um Zerstörungen und daraus resultierend einen kompletten Austausch der Anlagen handelte.
Als Dank für dieses bürgerschaftliche Engagement wurden unter allen Anrufern wieder Geldpreise im Wert von 15.000 Euro sowie 24 Sachpreise verlost. Die 139 Gewinne werden am 24. November bei einem kleinen

Empfang ab 18.30 Uhr im Technischen Rathaus überreicht. Weitere Informationen zur Aktion sind im Internet unter *www.muenchen.de/baureferat* abrufbar.

Donnerstag, 25. November, 13.30 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Gemeinsam mit den Münchner Wohlfahrtsverbänden unterstützen die Stadtwerke München GmbH (SWM) einkommensschwache Haushalte beim Sparen von Energie und damit von Geld. Anlässlich der 5.000. Energiesparberatung würdigen Oberbürgermeister Christian Ude und Dr. Kurt Mühlhäuser, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung, das ehrenamtliche Engagement und danken zwölf Beratern der Wohlfahrtsverbände stellvertretend für alle Mitwirkenden.

Freitag, 26. November, 9.30 Uhr, Rathaus, Eingang Landschaftstraße, oder 10 Uhr, Besucherkanal Ungererstraße, Treffpunkt Parkplatz Nordfriedhof
Die AOK Bayern – Direktion München zeichnet die Münchner Stadtentwässerung und das Personal- und Organisationsreferat der Landeshauptstadt München mit einem Zertifikat für gelungenes Betriebliches Gesundheitsmanagement aus. Mit diesem Zertifikat würdigt die AOK Bayern Unternehmen, die sich in herausragender Weise für die Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagieren und die Qualitätsanforderungen eines nachhaltigen und ganzheitlichen Betrieblichen Gesundheitsmanagements erfüllen. Für die Münchner Stadtentwässerung nimmt die Werkleitung die Auszeichnung von Maximilian Georg, Firmenkundendirektor der AOK Bayern – Direktion München, entgegen. Gregor Seitz, Leiter des Betrieblichen Gesundheitsmanagements bei der Stadt München, erhält das Zertifikat, das im Anschluss an die Begehung des Besucherkanals Ungererstraße (10 Uhr) und des Regenrückhaltebeckens Großlappen (11 Uhr) im Klärwerk Gut Großlappen (11.45 Uhr) im Rahmen eines Pressegesprächs überreicht wird.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.
Achtung Redaktionen: Um 9.30 Uhr startet ein Bus am Rathaus-Hintereingang Landschaftsstraße, der interessierte Journalistinnen und Journalisten sowie Fotografen zu den Einstiegsstellen und zur Preisübergabe bringt. Die Rückfahrt in die Stadt ist gegen 12.30 Uhr geplant. Der Bus fährt auf Wunsch die einzelnen Redaktionen an. Rückfragen an isolde.schwarz-krieger@muenchen.de oder an mathias.wuensch@muenchen.de.

Freitag, 26. November, 11 Uhr,
Neubau Museumsdepot, Lindberghstraße 44
Zum Abschluss der Rohbauarbeiten lädt Baureferentin Rosemarie Hingerl zum Richtfest des städtischen Museumsdepots ein. Nach der Begrüßung durch die Baureferentin sprechen Bürgermeisterin Christine Strobl und Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers. Seit Dezember 2009 entsteht in der Lindberghstraße in Freimann mit 10.300 Quadratmetern Stellfläche eines der größten europäischen Museumsdepots. Es bietet Platz für rund 2,5 Millionen Exponate und nimmt künftig die Sammlungen des Münchner Stadtmuseums, des Museums Villa Stuck und des Jüdischen Museums München auf.
ÖPNV-Verbindung: U-Bahn Linie 6, ab der Haltestelle Freimann steht von 10.15 Uhr bis 10.45 Uhr ein Shuttle-Bus zur Verfügung sowie zur Rückfahrt ab 13 Uhr.

Freitag, 26. November, 17 Uhr, Rathausbalkon
Bürgermeisterin Christine Strobl eröffnet den Christkindlmarkt am Marienplatz. Die alljährliche Eröffnung wird dieses Jahr begleitet von Musikkapellen aus Garmisch-Partenkirchen und der Isartaler Blasmusik. Im Anschluss spricht der 1. Bürgermeister von Garmisch-Partenkirchen Thomas Schmid, aus dessen Gemeinde der diesjährige Christbaum am Marienplatz stammt.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 30. November, 19 Uhr,
Saal des ASZ Lehel, Christophstraße 12 (barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 1 (Altstadt - Lehel).
Die Versammlungsleiterin Bürgermeisterin Christine Strobl und der Bezirksausschussvorsitzende Wolfgang Püschel informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, die Bezirksinspektion Mitte, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Wolfgang Püschel.

Dienstag, 30. November, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 30. November, 19 Uhr,
Taverne „Odyssee", Bad-Kreuther-Straße 8 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Josef Koch statt.

Meldungen

Letzte Vollversammlung des Ausländerbeirates vor Neuwahl:
OB Ude ehrt Mitglieder für langjähriges Engagement
(23.11.2010) In der letzten Vollversammlung des Ausländerbeirats der Landeshauptstadt München vor der Neuwahl des Gremiums am 28. November hat Oberbürgermeister Christian Ude langjährige Mitglieder für ihr ehrenamtliches Engagement geehrt. Dem Vorsitzenden des Ausländerbeirats, Cumali Naz, überreichte Ude die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Silber für dessen besondere Verdienste um München. Mehrere weitere Mitglieder der Gremiums zeichnete er für ihr langjähriges Engagement mit der Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" aus.
Ude betonte in seiner Rede vor den Mitgliedern des Ausländerbeirats, dieser leiste seit nunmehr 36 Jahren erfolgreiche Integrationsarbeit in München. Entschieden widersprach er den Thesen Thilo Sarrazins, der mit der von ihm losgetretenen Debatte Feindseligkeit gegen Ausländer schüre. Gerade München, die Großstadt mit dem höchsten Migrantenanteil in Deutschland, zeige, wie falsch Sarrazins Thesen seien. Während hier die Wirtschaft boome und die Arbeitslosigkeit gering sei, zeige sich in manchen ostdeutschen Städten mit extrem niedrigem Ausländeranteil eine Negativspirale von wirtschaftlichem Verfall, Abwanderung und Verödung. In der aktuellen Debatte seien auch die Mitglieder des Ausländerbeirats gefragt, klar Stellung zu beziehen, sagte Ude. Bei der anstehenden Neuwahl des Gremiums hoffe er deshalb auch auf eine möglichst hohe Wahlbeteiligung, die dem Gremium eine starke Legitimation verleihe. Erfreut zeigte sich Ude insbesondere darüber, dass bei der Ausländerbeiratswahl erstmals mehr Kandidatinnen als Kandidaten auf den Listen zu finden

sind: „Die Frauen können diesem Gremium mit ihrem Engagement einen neuen Mobilisierungsschub verschaffen".
Die Ehrung langjähriger Mitglieder des Ausländerbeirats mit der Medaille „München leuchtet" wertete Ude als Anerkennung für den Einsatz des Gremiums insgesamt. Das Engagement des Vorsitzenden Cumali Naz, der die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Silber von Ude entgegennehmen durfte, stehe dafür exemplarisch: Naz, gebürtiger Türke und eingebürgerter Deutscher, ist seit zwölf Jahren Vorsitzender des 40-köpfigen Gremiums, das die politischen Interessen der rund 310.000 Münchnerinnen und Münchner mit ausländischer Staatsangehörigkeit vertritt. Auch bei der Neuwahl am 28. November tritt er wieder zur Wahl an.
Die Arbeit des Gremiums hat Naz in den vergangenen zwölf Jahren entscheidend geprägt: So förderte der Ausländerbeirat unter seiner Leitung die Integration von Migrantinnen und Migranten durch Kampagnen für Sprachkurse und für die Einbürgerung ebenso wie durch Zuschüsse an Bildungs- und Frauenprojekte, Kultur- und Sportveranstaltungen. „Solche Angebote zu machen ist der richtige Weg zur Integration", lobte Ude dieses Engagement.
Der Kampf für mehr Chancengleichheit von Kindern aus Migrantenfamilien im Bildungssystem bildete dabei einen der Schwerpunkte der Arbeit des Ausländerbeirats. Dabei arbeitete das Gremium bei der Erstellung der Leitlinie Bildung und der regelmäßigen Bildungsberichte eng mit dem städtischen Referat für Bildung und Sport zusammen. Auch die Erarbeitung des Interkulturellen Integrationskonzepts, das der Münchner Stadtrat im Jahr 2008 beschlossen hat, hat das Gremium eng begleitet und unterstützt.
Auch zahlreiche Kultur- und Sportveranstaltungen organisiert das Gremium: Seit über zehn Jahren lädt der Ausländerbeirat alljährlich zum Internationalen Sommerfest in den Westpark ein, er veranstaltet zu Beginn jeden Jahres einen Empfang für Migrantinnen und Migranten, in Kooperation mit ausländischen Sportvereinen organisiert er jährlich ein Internationales Sportfest und auch am AnderArt-Festival auf dem Odeonsplatz ist der Ausländerbeirat, in Kooperation mit dem Kulturreferat, beteiligt.
„Gäbe es dieses Engagement des Ausländerbeirats in München nicht seit 36 Jahren, wäre die Stadt heute nicht so viel weiter als andere Städte bei der Integration", betonte Ude. Er zeichnete auch die Ausländerbeirats-Mitglieder Dimitrios Papadopoulos, Monica Prestel, Memo Arikan, Pavlos Delkos und Eyüp Tanriverdi, die jeweils seit zwölf Jahren in dem Gremium aktiv sind, mit der Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" aus.

Außerdem übergab Ude die Auszeichnung „München dankt“ für bürgerschaftlich Engagierte in München an weitere Mitglieder des Ausländerbeirats: Mit der Urkunde wurden Cumali Naz, Asgar Can, Dimitrios Papadopoulos, Fangfang Gao, Monica Prestel, Aleksandra Romanic, Maria Sibenik, Memo Arikan, Atila Aydin, Sandro Berni, Pavlos Delkos, Jerzy Kupinski und Laura Lajqi geehrt.
An der Ehrung im Großen Sitzungssaal des Rathauses nahmen auch die Stadträte Dr. Ingrid Anker, Dr. Reinhard Bauer, Constantinos Gianacacos, Haimo Liebich, Christian Müller, Alexander Reissl, Dr. Inci Sieber (alle SPD), Professor Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar (beide FDP) und Brigitte Wolf (Die Linke) teil.
Ausführliche Informationen zur Arbeit des Ausländerbeirats und zur anstehenden Neuwahl des Gremiums gibt es unter *www.auslaenderbeirat-muenchen.de.*

Ausstellung „Frauen im Aufbruch“ eröffnet

(23.11.2010) Mit einer Festveranstaltung wurde am 22. November die Ausstellung „Frauen im Aufbruch“ im Foyer des Referats für Arbeit und Wirtschaft eröffnet. Die Plakate aus der Sammlung der Friedrich-Ebert-Stiftung werfen einen Blick auf die politische Bildsprache der jüngeren Vergangenheit. Thematisiert wird das Werben um die politische Beteiligung der Frauen in den drei wichtigsten demokratischen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts: vom ersten Anspruch auf Gleichberechtigung durch das Wahlrecht (1919) über die auf die weibliche Arbeitskraft angewiesene Nachkriegszeit bis zur Wiedervereinigung.
Bei der Eröffnung der Ausstellung sprachen der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter und die Leiterin der städtischen Gleichstellungsstelle für Frauen Michaela Pichlbauer Grußworte. Die Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung Ingrid Matthäus-Maier hielt den Festvortrag. Unter den zahlreichen Gästen waren Altoberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel sowie die Stadträtinnen Verena Dietl, Bettina Messinger, Heide Rieke und Irene Schmitt (alle SPD).
Die Ausstellung ist bis 17. Dezember im Foyer des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Herzog-Wilhelm-Straße 15, Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr, Freitag von 8 bis 15 Uhr, zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Bürgerinfomation über Maßnahmen am Gärtnerplatz

(23.11.2010) Das Sozialreferat und der Bezirksausschuss 2 laden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer Informationsveranstaltung am 25. November von 18 Uhr bis 21 Uhr im Pfarrsaal der Maximilianskirche, Deutingerstraße 4, ein. Anwesend sein werden Vertreterinnen und Vertre-

ter von Fachreferaten, die über ihre Maßnahmen am Gärtnerplatz informieren. Die Stelle für Gemeinwesenmediation (SteG) des Sozialreferats, die Vermittlung bei Konflikten im gesamten Stadtgebiet anbietet, wird diese Veranstaltung moderieren. Eine Auftaktveranstaltung zur Mediation am Gärtnerplatz im September hat gezeigt, dass die Anwohnerinnen und Anwohner verschiedene Fragen an die städtischen Behörden haben.

Mit dem AWM Ökostrom gewinnen

(23.11.2010) Müll trennen macht Sinn – aus Münchner Biomüll wird wertvolle Blumenerde und Ökostrom. Um das Bewusstsein der Münchner Bürgerinnen und Bürger zum Thema Mülltrennung zu schärfen, führt der Abfallwirtschaftsbetrieb München auf seiner Homepage *www.awm-muenchen.de* das Online-Gewinnspiel „Bio-Toni" durch. Mit etwas Glück können die Münchner Bürgerinnen und Bürger dabei kostenlosen Ökostrom gewinnen:

- Erster Preis: Zwei Jahre kostenloser Ökostrom *
- Zweiter Preis: Ein Jahr kostenloser Ökostrom *
- Dritter Preis: Ein halbes Jahr kostenloser Ökostrom *

* aus dem Stromnetz der Stadtwerke München

Wer die meisten der zehn Fragen richtig beantwortet, nimmt an der Verlosung teil.

Teilnahmeschluss 30. November

Teilnahmebedingungen: Veranstalter des Gewinnspiels ist der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM), Georg-Brauchle-Ring 29, 80992 München. Teilnahmeberechtigt sind Privatpersonen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und ihren Wohnsitz zum Zeitpunkt der Gewinnspielteil-nahme und Auslosung in München haben. Kinder und Jugendliche können mit ihren Eltern spielen. Mitarbeiter des Abfallwirtschaftsbetriebes München sowie deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Eine Barauszahlung der Gewinne ist nicht möglich. Teilnahmeschluss ist der 30. November.

Stadt-Information sammelt nicht benötigte Weihnachtsgeschenke zugunsten von UNICEF

(23.11.2010) Ab sofort können wieder in der Stadt-Information im Rathaus nicht benötigte Weihnachts- und sonstige Geschenke zugunsten von UNICEF für die traditionelle Versteigerung abgegeben werden. Die Öffnungszeiten der Stadt-Information: Montag bis Freitag von 10 bis 20 Uhr, Samstag von 10 bis 16 Uhr. Die Versteigerung der abgegebenen Geschenke findet vom 10. bis 14. Janaur, jeweils von 11 bis 17 Uhr, statt.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 19. bis 22. November

(23.11.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Freitag, 19. November:
Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 30.791,80 Euro
Samstag, 20. November:
Einsatzzahlen:
Personal: 24 Fahrzeuge: 18
Streuguteinsatz:
Salz: 13,34 Splitt: 2,9
Kosten des Einsatztages: 37.899,65 Euro
Sonntag, 21. November:
Einsatzzahlen:
Personal: 21 Fahrzeuge: 15
Streuguteinsatz:
Salz: 2,07 Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 35.748,93 Euro
Montag, 22. November:
Einsatzzahlen:
Personal: 24 Fahrzeuge: 18
Streuguteinsatz:
Salz: 17,05 Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 41.156,68 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 11
Bisherige Einsatztage: 11
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 716.541,46 Euro

Retrospektive des Trickfilmers Karel Zeman im Filmmuseum

(23.11.2010) Der tschechische Filmregisseur, Drehbuchautor und bildende Künstler Karel Zeman (3. November 1910 - 5. April 1989) war für seine fantasievollen Trickfilme berühmt. Zu seinem 100. Geburtstag widmet das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, ihm vom 26. November bis zum 21. Dezember eine Retrospektive seiner fantastischen Werke.
Zeman, einer der Begründer des tschechischen Animationsfilms, setzt in seinen Filmen innovative Tricktechnik ein, indem er reale Szenen mit Schauspielern mit Trickfilmsequenzen verbindet und so besondere Effekte erzielt. Er begann als Reklamedekorateur in einem Werbestudio, wo er

seine Leidenschaft für den Trickfilm entdeckte. Nach ersten Werbeanimationen schuf er 1945 seinen ersten Trickfilm „Weihnachtstraum". Zu seinen bekanntesten Langfilmen zählen „Baron Münchhausen" (1961) die von Jules Verne inspirierten Filme „Die Erfindung des Verderbens" (1958), „Das gestohlene Luftschiff" (1967) und „Auf dem Kometen" (1970) und natürlich „Krabat" (1977) nach dem Roman von Otfried Preußler.
Nähere Informationen zum Programm sind im Programmheft des Filmmuseums oder unter *www.filmmuseum-muenchen.de* zu finden. Karten können vorbestellt werden unter Telefon 2 33-9 64 50. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Pressefotos werden auf Anfrage gerne zugeschickt.

Argentinische Musik im Kunstforum Arabellapark
(23.11.2010) Unter dem Titel „Flores Argentinas – der Duft argentinischer Frauen" würdigt die argentinische Sängerin Sandra Nahabian am Freitag, 26. November, um 20 Uhr im Kunstforum Arabellapark ihr Heimatland mit Liederzyklen argentinischer Poeten und Komponisten. Anlass ist die 200-jährige Unabhängigkeit Argentiniens. Marcio Alves, Percussionist aus Brasilien, und der Pianist Thomas Hüther unterstützen sie musikalisch. Karten zu 10 Euro können unter der Telefonnummer 9 28 78 10 reserviert werden.
Zahlreiche Künstler – Komponisten, Interpreten und Literaten – vom südlichen Ende des amerikanischen Kontinents bereichern die europäische Kultur. Sandra Nahabian und ihre Musiker-Kollegen geben eine bemerkenswerte Kostprobe davon: Die poetischen Liedtexte von „Flores Argentinas" sind jeweils einer landestypischen Blume gewidmet und lassen den Duft der heimatlichen Flora erahnen und ein Bild der unendlichen Weite des Landes entstehen. Der Zyklus „Mujeres Argentinas" besingt den Mut und die Entschlossenheit acht populärer argentinischer Frauen, die sich mit ihrer kämpferischen Haltung in der rauen Männergesellschaft der Postkolonialzeit behaupteten und das Schicksal des Landes entscheidend mitgeprägt haben. Begleitet von den Musikern Thomas Hüther und Marcio Alves präsentiert Sandra Nahabian – die sich neben ihrer Tätigkeit als klassische Sängerin und in verschiedenen Tanz- und Musiktheaterprojekten auch einen Namen als Tangosängerin gemacht hat – eine eigene, unkonventionelle Interpretation der Kunstlieder von Carlos Guastavino und der folkloristischen Lieder von Ariel Ramirez.
Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Hispanischen Gesellschaft statt. Weitere Informationen unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/bogenhausen.*

Das Kunstforum Arabellapark ist eine Initiative der Münchner Stadtbibliothek und Münchner Volkshochschule, Rosenkavalierplatz 16, 81925 München, Telefon 92 87 81-0, stb.bogenhausen.kult@muenchen.de.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 23. November 2010

Fragen zum GDL-Streik und MVG-Verhalten
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Georg Kronawitter, Dr. Evelyne Menges und Richard Quaas (CSU) vom 5.10.2010

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft, vom 17.11.2010:

In Ihrer Anfrage vom 05.10.2010 hinterfragen Sie den momentanen Streik der Gewerkschaft GDL beim SWM/MVG-Betrieb von U-Bahn, Bus und Tram.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die überwiegend in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH/MVG (SWM/MVG) fallen. Hierzu darf im Folgenden deren Antwort wiedergegeben werden:

Vorbemerkung der SWM/MVG:
Die SWM/MVG befindet sich im Arbeitskampf und muss jederzeit mit kurzfristigen Streikaktionen der Gewerkschaft GDL rechnen. Um den Fahrgästen auch im Fall von Streikaktionen der GDL ein verlässliches und planbares Angebot zu bieten, hat die MVG seit dem 30.09.2010 ein Basisnetz angeboten, das notfalls auch über einen längeren Zeitraum ohne GDL-Fahrer hätte betrieben werden können. Soweit GDL-Mitglieder zur Arbeit erschienen, wurden diese für Verstärkerleistungen zum Basisnetz eingesetzt.

Seit dem 04.10.2010 hat die MVG geprüft, ob auch das Nachtliniennetz wieder in Betrieb gehen kann. Dies wurde ab der Nacht Samstag/Sonntag, 09./10.10.2010, realisiert. Möglich wurde bzw. wird dies, weil die MVG weitere Leihfahrer, Busfahrer anderer kommunaler Verkehrsunternehmen und Busdienste privater Partner einsetzt. Von diesen werden weitere Busleistungen tagsüber sowie auch einzelne Schienenersatzverkehre übernommen, wodurch der Dienstplan für Tramfahrer entlastet wird. In den Ergänzungsdienstplan für GDL-Fahrer können somit die NachtTram-

Linien aufgenommen werden. Die NachtBus-Linien werden wieder von privaten Partnerunternehmen gefahren, deren Leistungen in den vergangenen Tagen für das Basisnetz herangezogen wurden. Falls die GDL die mehrfach angekündigten erneuten Arbeitsniederlegungen wahrmacht, würden allerdings die NachtTram-Linien ersatzlos entfallen.

Frage 1:
Wie hoch war im so genannten U-Bahn-Basis-Netz die Einsparung an täglichen Zugkilometern?

Antwort der SWM/MVG:
Die tatsächlich erbrachte Betriebsleistung lag seit Beginn des Basisnetzes bei U-Bahn und Tram durchschnittlich bei 82 - 94 % der regulären Leistung, beim Bus bei 100 %. Die übrigen Betriebsleistungen wurden nicht eingespart, sondern waren aufgrund des hohen Krankenstandes bei GDL-Fahrern nicht realisierbar.

Frage 2:
Warum traten vereinzelt sogar 40-Minuten-Taktlücken im U-Bahn-Netz auf (s. U 2-Ost um ca. 12h30 am 30.9.)?

Antwort der SWM/MVG:
Im Basisnetz galt ein Takt von mindestens 20 Minuten. Eventuelle längere Wartezeiten waren im Einzelfall auf Störungen (z. B. erkrankter Fahrgast) zurückzuführen, nicht jedoch auf geplante Fahrplanlücken.

Frage 3:
Warum konnte nicht durch angeordnete Bereitschaftsdienste für Nicht-GDL-Fahrer flexibel auf evtl. Teilstreiks der GDL reagiert werden? Wurden GDL-Mitglieder ausgesperrt?

Antwort der SWM/MVG:
Durch Bereitschaftsdienste und freiwillig übernommene Fahrdienste von Werkstatt- und Verwaltungsmitarbeitern konnten die Auswirkungen der Streiks begrenzt werden. Diese Möglichkeit besteht jedoch nicht auf Dauer im erforderlichen Umfang und war daher keine Alternative zum Basisnetz. Arbeitswillige GDL-Mitarbeiter wurden eingesetzt, eine Aussperrung fand nicht statt. Aufgrund der zu spät angekündigten Unterbrechung der Arbeitsniederlegung kam es allerdings am 28.09.10 zu einzelnen Doppelbelegungen von Diensten mit der Folge, dass in Einzelfällen überraschend

zum Dienst erschienene GDL-Mitglieder nicht beschäftigt werden konnten, da bereits ein nicht streikberechtigter Mitarbeiter eingeteilt war.

Frage 4:
Verletzt die Bedienverweigerung für das Nachtnetz nicht den mit der LHM geschlossenen Vertrag? Welche Kompensationen erhält die LHM?

Antwort des RAW in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister:
Laut Stellungnahme der SWM/MVG war der Betrieb des Nachtnetzes seit dem 30.09.10 objektiv nicht möglich. Eine Verletzung von Pflichten ist daher nicht gegeben. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass gemäß den Regelungen zwischen LHM und SWM/MVG die SWM/MVG für ausgefallene Fahrten keinen finanziellen Ausgleich von der LHM erhält.

Frage 5:
Wie stellt sich die MVG eine Wiedergutmachung gegenüber ihrer treuen Kundschaft (Abonnenten!) vor?

Antwort der SWM/MVG:
Die MVG-Garantie würde nur ausgezahlt, wenn die MVG für die Verspätungen oder Ausfälle verantwortlich wäre. Dies ist hier jedoch nicht der Fall. Ursache der derzeitigen Einschränkungen ist vielmehr der Streik der Gewerkschaft GDL.

Auf dem linken Auge blind oder: Wozu braucht München die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 29.10.2010

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 29.10.2010 nehme ich Bezug.
In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
„Nach langem Vorlauf nahm dieser Tage die beim Büro des Oberbürgermeisters angesiedelte „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ ihre Arbeit auf. Sie soll laut Darstellung der Stadt das „städtische Verwaltungshandeln zum Thema Rechtsextremismus“ koordinieren, beratend tätig sein, anlassbezogen aktiv werden, „fachliche Stellungnahmen“ erarbeiten, aber auch die Landeshauptstadt München „zum Thema Rechtsextremismus auf der Ebene der Kommune, des Landes, des Bundes sowie International“ [sic] vertreten.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wie ist die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ finanziell ausgestattet? An welcher Stelle im Haushalt der Stadt München ist der Mittelansatz für die Fachstelle ausgewiesen?

Antwort:
Informationen zur finanziellen Ausstattung der Stelle finden Sie im Stadtratsbeschluss zur Einrichtung der Fachstelle „Das Netzwerk gegen Rechtsextremismus in München handlungsfähiger gestalten – Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus“ vom 28.11.2008. Der Sachmittelaufwand und die Personalkosten der Fachstelle gegen Rechtsextremismus sind auf der Kostenstelle des Büro des Oberbürgermeisters mit veranschlagt.

Frage 2:
Medienberichten zufolge wurde mit der Leitung der Fachstelle Frau Dr. Miriam Heigl betraut – über welches weitere Personal verfügt die Fachstelle ggf. außerdem?

Antwort:
Die Leitung der Fachstelle liegt bei Frau Dr. Heigl. Die Fachstelle verfügt zudem über eine Vorzimmerteilzeitkraft. Die Fachstelle kooperiert an-

lassbezogen mit einzelnen Referaten und greift auf deren personellen Ressourcen zurück.

Frage 3:
Von den aktuellen Deliktzahlen in München ausgehend – warum verfügt die bayerische Landeshauptstadt nicht auch über eine
- Fachstelle gegen Linksextremismus,
- eine Fachstelle gegen Ausländerkriminalität,
- eine Fachstelle gegen Islamismus,
- eine Fachstelle gegen Sexualstraftäter?

Antwort:
Die Begründungen für die Einrichtung einer Fachstelle insbesondere gegen Rechtsextremismus entnehmen Sie bitte dem Stadtratsbeschluss „Das Netzwerk gegen Rechtsextremismus in München handlungsfähiger gestalten – Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus“ vom 28.11.2008 und dem Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 07.07.2010 „Erweiterung der Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus - „Wehret den Anfängen“ gilt auch für den Linksextremismus“.

Frage 4:
Davon ausgehend, dass die Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ unzweifelhaft zu den zentralen Herausforderungen der Münchner Stadtgesellschaft im 21. Jahrhundert zählt – warum wurde die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ personell und finanziell nicht wesentlich großzügiger ausgestattet? Inwieweit sind ggf. Aufstockungen des Mittelansatzes geplant, sollten sich nicht die gewünschten Erfolge im „Kampf gegen Rechts“ einstellen? Woran bemisst sich der Erfolg der neuen Fachstelle im „Kampf gegen Rechts“?

Antwort:
Wie Sie der Website der Fachstelle gegen Rechtsextremismus (*www.muenchen.de/gegen-rechtsextremismus*) entnehmen können, hat die Fachstelle bereits erste Erfolge ihrer Arbeit vorzuweisen. Da die Fachstelle insbesondere für Koordinierung und Vernetzung der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus verantwortlich ist, bemisst sich ihr Erfolg nicht nur an den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Frage 5:
Medienberichten zufolge berät die Fachstelle Hausbesitzer, aber auch Münchner Gastwirte, wie sie Geschäftsbeziehungen und „unermesslichen Ärger und Verdruss" (O-Ton OB Ude, zit. nach: www.abendzeitung.de, 26.10.2010) vermeiden können, der durch den Umgang mit „Rechtsextremisten" drohe – inwieweit kann die Stadt nachvollziehen, dass die vorsätzliche Stigmatisierung einer durch ihre Gesinnung definierten Bevölkerungsgruppe auf handfeste Diskriminierung hinausläuft? Welche weiteren Bevölkerungsgruppen beabsichtigt die Fachstelle möglicherweise noch vor „Rechtsextremisten" zu warnen?

Antwort:
Die Handreichungen der Landeshauptstadt München werden vor der Veröffentlichung juristisch geprüft. Die Landeshauptstadt München warnt die BürgerInnen grundsätzlich vor rechtsextremen Umtrieben. Zukünftige Warnungen werden aber weiterhin auch anlassbezogen erfolgen.

Frage 6:
Warum warnt die Stadt München nicht mit gleichem Nachdruck wie vor „Rechtsextremisten" vor
- dem Umgang mit Linksextremisten,
- mit kriminellen, gewaltbereiten Ausländern,
- mit Islamisten, der für die Betroffenen ebenfalls mit „unermesslichem Ärger und Verdruss", ja mit akuter Gefahr für Leib und Leben einhergehen kann (vgl. die diesbezüglichen Zahlen im jährlichen „Sicherheitsreport" der Münchner Polizei);
- vor linksextremistischen Musik-CDs,
- vor „Geheimcodes" und „Erkennungszeichen" der linksextremen Jugendszene,
- vor linksextremistischen Indoktrinierungsversuchen an Schulen und städtischen Jugendeinrichtungen,
- vor linksextremen Vereinigungen, die – nicht selten mit öffentlichen Mitteln bezuschusst – sich als „Dokumentationsarchive", „Beratungsstellen", Jugendvereine, Bürgerinitiativen o.ä. Tarnen?

Antwort:
Siehe Antwort Frage 3.

Frage 7:
Inwieweit kann die Stadt München nachvollziehen, dass die u.a. von der „Fachstelle gegen Rechtsextremismus" koordinierte Mobilisierung der

„Zivilgesellschaft“ gegen eine imaginäre „rechtsextremistische“ Bedrohung auf die Herstellung einer uniformen, gleichgeschalteten öffentlichen Meinung hinausläuft, vergleichbar etwa dem Meinungskonformismus in der früheren DDR?

Antwort:
Dies ist nicht nachvollziehbar.

Frage 8:
Wann ist mit der Veröffentlichung einer mehrere Seiten umfassenden Handreichung der Stadt München zum „Schutz vor linksextremen Anmietungsversuchen“ zu rechnen – analog der jetzt publizierten Handreichung zum „Schutz vor rechtsextremen Anmietungsversuchen“?

Antwort:
Eine solche Publikation ist nicht veranlasst. Dies ergibt sich auch aus dem Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 07.07.2010 „Erweiterung der Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus - „Wehret den Anfängen“ gilt auch für den Linksextremismus“.

Schon wieder Weihnachten? Braucht München wirklich zwei Stellen gegen „Rechtsextremismus“?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 3.11.2010

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 3.11.2010 nehme ich Bezug.
In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
„Einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 30./31.10./01.11.2010 zufolge richtete die „Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München“ (nicht zu verwechseln mit der jüngst der Öffentlichkeit vorgestellten „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ der Stadt München) kürzlich eine Tagung zum Thema „Extrem rechte politische Weltanschauungen von MigrantInnen“ aus. Hier drängen sich Fragen auf.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Münchner Stadtpolitik im 21. Jahrhundert, künftig routinemäßig von gleich zwei offiziösen Stellen der Stadt München bekämpft? Wie soll verhindert werden, dass zwei Institutionen mit städtischen Mitteln/Zuschüssen wichtige Aufklärungsarbeit gegen „Rechts“ leisten, die auch eine der beiden Fachstellen allein bewältigen könnte?

Antwort:
Das Aufgabenprofil der Fachstelle gegen Rechtsextremismus entnehmen Sie bitte der Internetseite der Fachstelle, die Ihnen seit dem 26.10.2010 zur Verfügung steht: *www.muenchen.de/gegen-rechtsextremismus*.
Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München ist beim Feierwerk e. V. angesiedelt und betreibt Recherche, Information und Netzwerkarbeit.
Die Arbeit der beiden Stellen ist komplementär angelegt.

Frage 2:
Inwieweit verspricht sich die Stadt München von der Existenz mindestens zweier Stellen zur „Rechtsextremismus“-Bekämpfung in München Synergieeffekte?

Antwort:
Siehe Antwort Frage 1.

Frage 3:
Inwieweit ist ggf. geplant, zur Vermeidung überflüssiger Doppel-Ausgaben bei der Bekämpfung des Münchner „Rechtsextremismus“ eine der beiden Stellen zumindest mittelfristig einzusparen?

Antwort:
Eine Einsparung ist aufgrund der unterschiedlichen Ausrichtung der Stellen kein Thema.

Frage 4:
Sollte dies nicht der Fall sein: wie legitimiert die Stadt München – zumal in Zeiten knapper Kassen – die Existenz und Finanzierung gleich zweier offiziöser bzw. halboffiziöser Stellen „gegen Rechts“?

Antwort:
Es handelt sich um Stellen gegen Rechtsextremismus, nicht „gegen Rechts“. Die Begründung entnehmen Sie bitte dem Stadtratsbeschluss „Das Netzwerk gegen Rechtsextremismus in München handlungsfähiger gestalten – Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus“ vom 28.11.2008.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 23. November 2010

Strukturreform in der Städtischen Klinikum München GmbH Besetzung der Geschäftsführung
Dringlichkeitsantrag Stadtrats-Mitglieder Eva Caim, Dr. Manuela Olhausen und Josef Schmid (CSU)

Politischer Missbrauch der Kultursäulen der Landeshauptstadt München
Anfrage Stadträte Hans Podiuk und Josef Schmid (CSU)

Wie gefährlich sind Quietscheente, Teddybär und Co.?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Lydia Dietrich und Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen)

Medizinische Versorgung Illegaler in München – am Gesetz vorbei?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de
23.11.2010

Dringlichkeitsantrag
für die Vollversammlung des Stadtrats
am 24.11.2010

Strukturreform in der Städtischen Klinikum München GmbH
Besetzung der Geschäftsführung

Dem Stadtrat wird umgehend das Gutachten der Unternehmensberatung Roland Berger zur Strukturreform der Städtischen Klinikum München GmbH vorgestellt. Vor der Besetzung der Geschäftsführung beschließt der Stadtrat als Gesellschafter über die neuen Strukturen.

Begründung:
Aufgrund des Klinik-Hygieneskandals wurden einerseits drei Geschäftsführer entlassen und andererseits müssen die organisatorischen und personellen Strukturen insgesamt überprüft und entsprechend geändert werden.
Zu diesem Gesamtkomplex hat die Unternehmensberatung Roland Berger ein Gutachten erstellt, das am vergangenen Freitag dem Aufsichtsrat vorgestellt wurde. Der Münchner Merkur berichtet heute, dass dieses Gutachten zu Unstimmigkeiten innerhalb des Gremiums geführt hat, weil die Geschäftsführung nunmehr nur aus drei statt vier Mitgliedern bestehen soll. Weiterhin sollen die einzelnen Kliniken wieder gestärkt werden. Dieses Gutachten kann dazu führen, dass die bestehenden Strukturen grundlegend geändert werden müssen. Deshalb muss – bevor der Aufsichtsrat eine neue Geschäftsleitung bestellt – gemäß § 7 Abs. 1 Ziffer 4.1 und Ziffer 4.2 des Gesellschaftsvertrages der Firma Städtisches Klinikum München GmbH der Stadtrat über die Änderungen beraten und einen neuen Gesellschaftsvertrag beschließen.

gez.	gez.	gez.
Josef Schmid, Stadtrat	Eva Caim	Dr. Manuela Olhausen
Fraktionsvorsitzender	Stadträtin	Stadträtin

Josef Schmid **Hans Podiuk**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Anfrage
23.11.10

Politischer Missbrauch der Kultursäulen der Landeshauptstadt München

Die Kultursäulen der Landeshauptstadt München sind nach der Produktbeschreibung Litfaßsäulen an hochfrequentierten Standorten in der Münchner Innenstadt und in Schwabing. Speziell kulturelle Veranstaltungen, Ausstellungen und Konzerte werden mit Plakaten auf der Kultursäule beworben. Beigefügtes Bild (Aufnahme vom 13.11.2010, 13:54:41 Uhr) zeigt ein Plakat auf der Kultursäule Baldur-/Ecke Dachauer Straße.

Daher fragen wir:

1. Wer hat die Genehmigung zum Plakatieren dieses eindeutig politischen Plakates erteilt?
2. Wer trägt seitens der Landeshauptstadt München die Verantwortung?
3. Wer prüft die aufzuhängenden Plakate auf deren Inhalt und verhindert somit, dass unter dem Deckmantel einer Kulturveranstaltung politische Parolen platziert werden?
4. Wie lange ist der Aushang gebucht?
5. Wann werden diese Plakate entfernt?
6. Sind jetzt die Kultursäulen für Plakate mit politischen Aussagen freigegeben?
   a) Wenn ja, wo kann sich der entsprechende Interessent melden?
   b) Welche Kriterien für die politischen Aussagen gelten für die Plakatierung auf Kultursäulen?
7. Sind Befürworter der Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken auf dem Winter-Tollwood nicht mehr willkommen?

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

CSU-Stadtratsfraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München;
Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de; wzim.de

DEUTSCHES
THEATER
Münchner Merkur
HEIMATZEITUNGEN
tz
in münchen
klassik radio
107.2
münchen.tv
Werbe-Spiegel
Kompakt Blatt
tickets 089-93 60 93 www.muenchenmusik.de
KEIN AUSSTIEG
VOM AUSSTIEG
Tollwood sagt
Nein zur Atomkraft!
Geben Sie dem Protest Ihre Stimme!
unter www.tollwood.de/atomausstieg
und auf dem Winterfestival, 24.11. - 23.12. Theresienwiese
In Kooperation mit .ausgestrahlt
ERZÄHLE AUF DEM PLAKAT
KEINEN ROMAN, DENN NIE-
MAND WILL SICH AUF DER
STRAßE

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 23.11.2010

Wie gefährlich sind Quietscheente, Teddybär und Co.?

Anfrage

Verbraucherschutzorganisationen und das Bundesamt für Risikobewertung (BfR) weisen seit längerem auf erhebliche Gesundheitsgefährdungen durch Kinderspielzeug hin. Erst kürzlich erhielten in einer Untersuchung der Zeitschrift Öko-Test fast die Hälfte der 72 geprüften Produkte schlechte Bewertungen aufgrund hoher Schadstoffbelastungen. Die Stiftung Warentest stufte sogar 80 Prozent ihrer getesteten Produkte als bedenklich ein. Erschreckenderweise befinden sich die Schadstoffkonzentrationen dabei meist im Einklang mit der EU-Spielzeugrichtlinie (2009/48/EG). Diese ermöglicht es laut BfR, dass gesundheitlich noch unbedenkliche Konzentrationen von Schadstoffen wie Schwermetallen und Weichmachern teilweise um das Hundertfache überschritten werden. Die Folge können Entwicklungsstörungen und Krebserkrankungen bei Kindern sein. Bundestagsabgeordnete aller Parteien fordern deshalb die längst überfällige Novellierung der EU-Richtlinie.

Wir fragen:

1. Gibt es in der Stadtverwaltung eine Anlaufstelle, an die sich Eltern und Kinderbetreuungseinrichtungen bei Fragen zur Gefährdung durch Kinderspielzeug wenden können?
2. Sind Fälle von Beschwerden über gesundheitsgefährdende Produkte an Münchner Kinderbetreuungseinrichtungen bekannt?
3. Existieren offizielle Vorgaben für den Bezug von gesundheitlich unbedenklichem Spielzeug an städtischen Einrichtungen?
4. Wenn ja: Welche Dienststelle ist hierfür zuständig und wie werden diese Empfehlungen kommuniziert?

Initiative:
Dr. Florian Vogel
Lydia Dietrich
Stadtrat/Stadträtin

BIA inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
23.11.2010

Medizinische Versorgung Illegaler in München – am Gesetz vorbei?

In Deutschland leben nach Expertenschätzungen rund 1 bis 1,5 Millionen Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus („Illegale“), in München sind es etwa 30.000 (nach: „café 104“ (Hg.), Zugang zur Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland. Möglichkeiten, Grenzen und Lösungsansätze, o.J., S.2; S.9). Nach § 87 Abs. 2 des geltenden Aufenthaltsgesetzes sind alle öffentlichen Stellen gehalten, Personen ohne gültigen Aufenthaltstatus den Ausländerbehörden zu melden. In München wird diese Mitteilungspflicht offenbar routinemäßig mißachte. So räumte die Leiterin der Münchner Ausländerbehörde, Claudia Vollmer, im Rahmen einer Fachtagung 2008 ein: „Die Ausländerbehörde in München hat in den letzten Jahren so gut wie keine Mitteilungen bekommen (...).“ (ebd. S.4).

Hier drängen sich Fragen auf.

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Die Leiterin der Münchner Ausländerbehörde, Claudia Vollmer, stellte im Rahmen der genannten Fachtagung fest: „Kommunen sind natürlich kein rechtsfreier Raum und müssen auf die Wiederherstellung ordnungsgemäßer Zustände, auch nach Ausländerrecht dringen.“ Was hat die Stadt München in den letzten Jahren unternommen, um das offenbar routinemäßige Unterlaufen der Mitteilungspflicht durch Ärzte, Krankenhäuser etc., die Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus medizinisch versorgen, zu unterbinden und die von Frau Vollmer angemahnte „Wiederherstellung ordnungsgemäßer Zustände“ herbeizuführen?

2. Welche Erfolge konnten dabei erzielt werden? In welchem Umfang wurden der Ausländerbehörde der Stadt München seit der genannten Fachtagung ggf. wieder Fallzahlen und Daten „Illegaler“ gemeldet?

3. Das Bundesministerium des Inneren hat in einer Stellungnahme vom Februar 2007 („Illegal aufhältige Migranten in Deutschland. Datenlage, Rechtslage, *b.w.*

Handlungsoptionen“) deutlich gemacht, daß die Übermittlungspflicht des Aufenthaltsgesetzes ein „sachgerechtes Mittel dar[stellt], um dem Aufenthaltsrecht in der Praxis Geltung zu verschaffen. Die abschreckende Wirkung ist insoweit auch beabsichtigt. (...).“ (Ebd. S. 43). Und weiter: „Eine Abschaffung der Übermittlungspflicht des § 87 Abs. 2 AufenthG stellt keine ernsthaft zu diskutierende Option dar. (...) Würde der Staat die Übermittlungspflichten und damit einen Teil seiner Kontrollmöglichkeiten aufgeben, würde sich die Frage stellen, ob der Staat sich seiner Kontrollmöglichkeiten bereits in einem verfassungsrechtlich nicht mehr vetretbaren Maß begibt.“ (Ebd. S. 41). Wie beurteilt die Stadt vor diesem Hintergrund die stillschweigende Umgehung des Übermittlungsgebotes durch in München tätige Ärzte, Organisationen etc., die z.T. aktiv für die medizinische Versorgung Illegaler ohne Weitergabe von Daten werben und dies offenbar auch straflos praktizieren (z.B. der Verein „Medizinische Hilfe für nicht versicherte Menschen in München e.V“, „pro asyl“ u.a.)?

4. Wie beurteilt insbesondere die Münchner Polizei

- die Unterlassung der gesetzlich vorgeschriebenen Übermittlung von Daten Illegaler durch Ärzte und Krankenhäuser und
- das Werben dafür durch einschlägige Vereine und Institutionen?

Inwieweit sieht die Polizei hier ein Unterlaufen geltender gesetzlicher Bestimmungen, die nach dem Willen des Gesetzgebers den illegalen Aufenthalt in Deutschland eigentlich verhindern sollen? Inwieweit und aus welchen Gründen hält die Münchner Polizei diesen Zustand für hinnehmbar?

5. Inwieweit hält die Stadt die Privilegierung Illegaler für vertretbar, deren medizinische Versorgung notfalls – und im Fall erkennbarer Mittellosigkeit – gratis geleistet wird, während ordnungsgemäß Versicherte und Patienten mit gemeldetem Wohnort zur Kasse gebeten werden?

Karl Richter
Stadtrat